

EfH-Managementkonferenz 2005:

Rede des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission
und Kommissars für Industrie- und Unternehmenspolitik

Günter Verheugen

- 14. Oktober 2005 -

The European agenda 2010 – focus on sustainable growth and providing more and better jobs

Die Europäische Agenda 2010 – Nachhaltiges Wachstum, mehr und bessere Arbeitsplätze im Fokus

Sehr verehrte Frau Mohn, sehr verehrte Frau Professor Süßmuth, meine Damen und Herren!

Ich habe natürlich eine vorbereitete Rede, sie ist auf Englisch. Und um zu vermeiden, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung wieder einmal feststellt, dass es nicht angemessen ist, dass ein Mitglied der Europäischen Kommission aus Deutschland bei einer Veranstaltung einer deutschen Stiftung in der deutschen Hauptstadt Englisch spricht, werde ich jetzt doch lieber deutsch reden. Außerdem haben die beiden Beiträge von Frau Mohn und Frau Süßmuth, die ich gehört habe, mich angeregt noch ein bisschen mehr zu sagen, als ich eigentlich vorhatte.

Sie werden von mir nicht erwarten, dass ich den Eindruck erwecke, ich verstehe sehr viel von Gesundheitspolitik in Unternehmen. Das tue ich nicht. Aber was Sie von mir erwarten können, ist der **Versuch einer Einordnung dessen, was Sie tun, in die breitere politische und ökonomische Agenda der Europäischen Union**, und ich will das in drei Abschnitten tun.

Ich will Ihnen etwas sagen über die **Herausforderungen an die wirtschaftliche Zukunft Europas**, wie wir sie sehen, und Sie werden merken, das hat schon sehr viel zu tun mit dem, was Sie hierher geführt hat. Ich werde Ihnen dann etwas sagen **über die Antwort, die wir darauf geben** und dann etwas **über die Rolle, die die Unternehmen spielen müssen**, um diese Strategie auch zu realisieren. Was die Herausforderungen angeht, so ist ja Gott sei Dank in diesem Land der Wahlkampf vorbei und man kann die Dinge so deutlich aussprechen, wie sie ausgesprochen werden müssen. Wir befinden uns nach wie vor in einer Zeit, die geprägt ist von einem immer schnelleren und immer tiefergehenden Wandel, und der erste große Fehler, den wir machen würden, wäre der, den Menschen zu erzählen, wir könnten sie vor dem Wandel schützen oder wir könnten den Wandel aufhalten. Das können wir nicht. Wir alle, die wir hier in diesem Raum sind, haben in den letzten 15 Jahren mehr politischen, mehr historischen Wandel erlebt, als manche Menschen einer ganzen Generation. Und das wird sich beschleunigen. Ich will mich auf das Wirtschaftliche beschränken. Wir haben es mit zwei großen Trends zu tun, die beide die europäischen Volkswirtschaften auf das Äußerste beanspruchen. Wir haben es zu tun mit einer völlig neuen Dimension der Globalisierung, und wir haben es zu tun, mit der hier bereits angesprochenen demografischen Entwicklung, deren Bedeutung sträflich unterschätzt wird, nicht nur in Deutschland, sondern in einer ganzen Reihe von anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union auch. Was die Globalisierung angeht, so sehe ich mit zunehmendem Missvergnügen, dass in einer ganzen Reihe von Mitgliedsländern der Eindruck erweckt wird, wir hätten damit nichts zu tun. Und es wird der Eindruck erweckt, sie sei uns aufgezwungen von Papua Neuguinea oder Kambodscha oder Guatemala oder meinetwegen auch von China und Indien; es ist aber nicht so.

Globalisierung im Sinne von Liberalisierung des internationalen Handels, Öffnung der Märkte und Deregulierung aller den internationalen Handel betreffenden Hindernisse, das ist die Politik, die die westlichen Industriestaaten seit Jahrzehnten betreiben und bis auf den heutigen Tag in der gerade laufenden Doha-Runde betreiben. Dieselben Leute, die über zunehmenden Wettbewerb im Weltmaßstab klagen, bereiten der Europäischen Kommission ein Mandat für die Doha-Runde vor, in der wir für mehr internationalen Wettbewerb eintreten sollen, für mehr Öffnung der Märkte, für mehr Liberalisierung des internationalen Handels. Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, dass wir neue, starke Wettbewerber in allen Sektoren und in allen Regionen finden werden und dass die Zeiten vorbei sind, wo wir große Regionen der

Welt als billige Rohstofflieferanten oder billige Zulieferer oder leicht zu erschließende Märkte betrachten konnten. Es entstehen neue, technologische und ökonomische Supermächte, die das klassische Industriezeitalter einfach überspringen werden; das hat Vorteile und Nachteile. Sie werden mit uns konkurrieren, nicht bei billiger Massenware, sondern bei Spitzenprodukten und bei technologisch hochwertigen Entwicklungen. Und das wird sehr schnell kommen. Lassen wir uns von der Tatsache nicht täuschen, dass die ersten in Europa angekommenen, chinesischen Autos unseren Sicherheits- und Qualitätsstandards noch nicht entsprechen; das wird sehr schnell anders werden.

Lassen Sie mich es so sagen, Globalisierung war ursprünglich ein Wettstreit zwischen Staaten und Regionen, dann zwischen multinationalen Unternehmen. Inzwischen kommt es mehr und mehr herunter auf die einzelbetriebliche Ebene. Einzelbetriebe stehen in einem globalen Wettbewerb, ja selbst der einzelne Arbeitnehmer könnte sich als jemand verstehen, der im globalen Wettbewerb steht. Ich gebe Ihnen ein einziges Beispiel dafür: China und Indien entlassen zur Zeit aus ihren Hochschulen jährlich 700.000 ausgebildete Ingenieure, 700.000! Im Vergleich Frankreich und Deutschland zusammen, mit einem deutlich höheren Bruttosozialprodukt als China und Indien zusammen, kommen auf 70.000. Angesichts der modernen Kommunikationstechnologien brauchen diese 700.000 Ingenieure nicht notwendigerweise Asien zu verlassen, um mit deutschen Ingenieuren in Wettbewerb zu treten. Das wird geschehen. Man muss sich dessen bewusst sein. Kommen wir gleich darauf, was zu tun ist.

Ich will die zweite große Herausforderung noch nennen. Die zweite große Herausforderung ist die demografische Entwicklung. Ich teile nicht die Auffassung derjenigen, die in der Diskussion sagen: „Das ist eigentlich gar nicht so schlimm. Wir haben ja sowieso eine hohe Arbeitslosigkeit, und wenn wir dann weniger Leute sind, die Arbeit suchen, löst sich das Problem von selber.“ Das gehört für mich zum blühendsten volkswirtschaftliche Unsinn, den ich jemals gehört habe. Die Wahrheit ist natürlich, dass die Kombination von alternder und schrumpfender Bevölkerung zugleich die denkbar ungünstigste ist, die eine Gesellschaft überhaupt erleben kann. Man kann es an einem ganz einfachen Beispiel zeigen: Keine Babys, keine Pampers! Da fängt es schon an. Es verringert sich die ökonomische Basis, es vermindert sich aber auch unsere intellektuelle Basis, unsere technologische Fähigkeit. Unsere Anpassungsfähigkeit vermindert sich, und ich finde, und das wird

Sie vielleicht überraschen, dass jemand der für die Europäische Ökonomie zuständig ist, etwas über eine kinderfreundliche Gesellschaft sagen muss. Wenn wir nicht wieder zu kinderfreundlichen Gesellschaften werden, dann werden alle politischen Maßnahmen nicht helfen. Wir werden diesen Trend nicht mehr stoppen können und eine kinderfreundliche Gesellschaft bedeutet eben nicht nur, dass es doch eigentlich leichter sein müsste eine Wohnung zu mieten, wenn man ein Kind hat. Heute ist aber so, das es leichter ist eine Wohnung zu mieten, wenn man einen Hund, anstatt ein Kind hat. Es gibt viele, viele solcher Beispiele, aber das Entscheidende ist natürlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was hier zusammen kommt, ist die demografische Entwicklung und die große gesellschaftliche, revolutionäre Veränderung, die wir erleben. Es ist die Tatsache, dass es inzwischen keine männlichen Domänen im Berufsleben mehr gibt. Aber hier entstehen zwei Probleme: Das eine Problem ist, dass Frauen zu oft gezwungen werden, eine völlig falsche Entscheidung zu treffen, nämlich sich entscheiden zu müssen zwischen der Verwirklichung dessen, was sie gelernt haben, - und wie wir inzwischen ja auch wissen in vielen, vielen Bereichen auch besser gelernt haben als die Männer -, oder aber ihre Verpflichtungen als Mutter zu erfüllen. Ich will nicht allzu tief einsteigen in diese Problematik, aber eines ist klar: wir müssen uns von dem Bild lösen, dass eine Mutter nur dann eine gute Mutter ist, wenn sie den ganzen Tag zu Hause im Kinderzimmer oder in der Küche zu finden ist. Wir müssen die Vereinbarkeit erleichtern. In Frankreich käme kein Mensch auf die Idee, eine junge Mutter, die ihr Kind in die Krippe bringt als eine Rabenmutter zu beschimpfen. Und ich habe nicht das Gefühl, dass die französischen Kinder schlechter erzogen sind, als die deutschen. Das ist für mich die zentrale Frage. Ich glaube nicht, dass es so sehr eine Frage der materiellen Förderung ist; ich glaube, die Verbesserung der Lebensbedingungen ist das Entscheidende. Wir haben in der Kommission zu diesem Thema eine ganze Reihe von Untersuchungen angestellt, es gehört ja zu unseren Schlüsselthemen; und das Interessanteste, was wir, in meinen Augen, gefunden haben, ist folgendes: Wir haben den tatsächlichen Kinderwunsch mit der Realisierung des Kinderwunsches verglichen. Und es zeigt sich eine unglaubliche Diskrepanz. Wenn Sie also junge Ehepaare im europaweiten Umfang fragen „Wie viele Kinder möchten Sie?“, da kommt statistisch 2,4 raus. Der tatsächliche Wert liegt aber in der Größenordnung zwischen 1,4 und 1,5, d.h. der vorhandene Kinderwunsch wird nicht realisiert. Und unsere Untersuchungen zeigen, unter Berücksichtigung auch der wirklich signifikanten Unterschiede der einzelnen

Mitgliedsländer der Europäischen Union, dass es entscheidend mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun hat.

Ich wiederhole: Der demografische Herausforderung muss zuerst damit begegnet werden, dass die Gesellschaft wieder kinderfreundlich wird, einmal ganz abgesehen davon, dass ich mich frage, wie eine Gesellschaft sich eigentlich noch weiter entwickeln soll, wenn keine Kinder mehr da sind, die fragen: „Warum ist das eigentlich so?“ Wenn keine Kinder mehr da sind, die uns ermutigen und anreizen, etwas zu erklären, etwas Neues zu finden, etwas besser zu machen, verarmen wir wirklich auf eine Art und Weise, die man sich kaum vorstellen kann. Ökonomisch betrachtet, bedeutet der demografische Trend, den wir haben, schmerzhaft und schwierige Anpassungsprozesse der Systeme der sozialen Sicherheit an die neue Entwicklung. Wenn nichts geschieht, wenn es uns vor allen Dingen nicht gelingen sollte, die Beschäftigungsquote deutlich zu erhöhen, dann werden wir schon in weniger als zwanzig Jahren in Deutschland den Zustand haben, dass wir auf einen Erwerbstätigen - also einen der tatsächlich arbeitet, - einen haben, der das nicht ist. Welche Belastung das für die Generation bzw. für den Teil der Generation bedeutet, die gerade erwerbstätig ist, brauche ich nicht besonders zu beschreiben. Ich denke, ich kann es bei der Beschreibung der Herausforderung dabei bewenden lassen und will nun sagen, welche Antwort Europa angesichts dieser Problematik gibt.

Unsere Antwort heißt, nicht über den Wandel klagen, den Wandel nicht bejammern, sondern ihn aktiv und positiv gestalten. Uns nicht zu verstehen als ein Kontinent, der zum Abstieg verurteilt ist. Das sind wir nicht. Wir befinden uns nicht in einem schleichenden Niedergang. Wir haben die Mittel, die Instrumente, die Fähigkeit, ich weiß nur nicht, ob wir auch den Willen haben, uns angesichts dieser Herausforderung zu behaupten. Die Welt hat sich verändert, es gibt keinen Systemwettbewerb mehr. Wir brauchen nicht mehr zu diskutieren, ob es einen dritten Weg gibt oder nicht. Wir brauchen auch nicht mehr zu diskutieren, was besser ist, eine auf kapitalistischen Prinzipien gegründete Marktwirtschaft oder die zentral gelenkte sozialistische Wirtschaft. Das hat die Geschichte entschieden. Wir leben in einer marktwirtschaftlich organisierten Welt. Markt ist die zentrale Regel. Es gibt keinen Markt ohne Wettbewerb, und es gibt keinen Wettbewerb ohne Markt. Mit anderen Worten, die Herausforderung für uns heißt, uns einem Wettbewerb zu stellen, und das können Sie nur, wenn Sie wettbewerbsfähig sind; und darum ist das Schlüsselwort der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union

die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften, der Unternehmen, aber auch der Menschen selber. **Wettbewerbsfähigkeit ist der Schlüssel.**

Wettbewerbsfähigkeit angesichts der Dimension der Probleme, setzt ein paar klare, politische Wertentscheidungen voraus. Zum Beispiel, wollen wir uns einlassen, auf einen Wettbewerb, wo die Preise und Löhne nach unten gehen werden? Glauben wir auf diesem Gebiet mit China und Indien konkurrieren zu können? Und bald noch mit Lateinamerika und Teilen Afrikas, also mit niedrigeren Löhnen und niedrigeren Preisen? Wollen wir das überhaupt? Ich denke, das können wir nicht, und das wollen wir auch nicht. Ziel unserer Politik kann es ja nicht sein, unsere Gesellschaften ärmer zu machen. Es gibt von bestimmten deutschen Medien gefeierte Ökonomen, die uns in der Politik dazu raten, diesen Weg zu gehen. Ich halte das nicht einmal für eine Irrlehre, das ist ein Irrglaube. Es ist auch nicht begründbar, dass das ökonomisch heilsam sein kann; ganz im Gegenteil, was wir tun müssen, um unseren europäischen "way of life" beizubehalten, der eben davon ausgeht, dass wir einen hohen Lebensstandard, ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit und eine hohe Lebensqualität eben für möglichst viele, und eine möglichst gerechte Verteilung haben wollen; dieser "way of life" kann nicht bewahrt werden bei einem Wettbewerb nach unten, sondern es muss ein **Wettbewerb um Qualität** sein.

Wir können uns behaupten und alle Erkenntnisse zeigen dies. Es gibt keinen einzigen Bereich auf der Welt, wo nicht mindestens ein europäisches Unternehmen absolute Weltspitze wäre, ob im Bereich der Technologie oder im Bereich der Forschung und Entwicklung. Wir können weltweit mit Spitzenleistung bestehen. Das setzt aber voraus, dass wir innovationsfähig sind.

Und das ist das nächste Schlüsselwort: **Innovation**. Und zur Innovation kommen wir dadurch, dass wir unsere Ressourcen ganz anders einsetzen, als bisher. Wir müssen ernst machen mit einem Satz, den ich - solange ich in der Politik bin - und das ist schon ziemlich lange – predige. Bereits vor 40 Jahren auf dem ersten Parteitag meines Lebens, da hat schon einer gesagt: „**Unser Rohstoff ist die Bildung.**“ Und das stimmt. Aber fördern wir diesen Rohstoff wirklich? Tun wir genug für die Bildung, die Ausbildung und die Qualifizierung? Und vor allen Dingen für die Forschung und Entwicklung? Ich habe in dieser Woche zusammen mit meinem Kollegen Putocnik, dem Forschungskommissar in Brüssel, einen Innovationsplan vorgestellt mit den Worten: „Das ist ein Alarmruf! Ein Weckruf an die europäischen Regierungen, dass

wir unsere Zukunftsfähigkeit verlieren, wenn wir nicht unsere Fähigkeit stärken, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren, um Schritt zu halten.“ Ich gebe Ihnen hier noch eine einzige Zahl: In China wachsen die Ausgaben für Forschung im Augenblick um 20 % jährlich. Sie werden bei diesem Tempo bereits im Jahr 2010 das Ziel erreicht haben, 3 % ihres BSP für Forschung auszugeben, und wir wahrscheinlich nicht. Zugegeben noch ein niedriges Niveau, aber wir müssen hier die Potentiale und die langfristigen Trends sehen. Es ergibt sich hier eine klare Kette: Wettbewerbsfähigkeit über anspruchsvolle Spitzenleistung; die anspruchsvolle Spitzenleistung wird erzeugt durch Innovation. Ich will jetzt nicht darstellen, was das für Auswirkungen im Einzelnen hat; was für Sektorpolitiken entwickelt werden müssen, um das zu realisieren - das würde hier zu weit führen -, aber doch darauf hinweisen, dass es dabei auch um Bereiche geht, die normalerweise nicht in Verbindung gebracht werden mit einer rein ökonomischen Betrachtung. Zum Beispiel, das jetzt angelaufene, große Programm der vollständigen Entrümpelung und Modernisierung des Gemeinschaftsrechts. Das wird von vielen verstanden, als eine Antwort der Kommission auf die Vertrauenskrise, die wir in Europa erlebt haben. Richtig ist es, auch eine Antwort darauf zu geben, aber nicht nur. Es ist auch eine ganz wichtige Erkenntnis aus der unbestreitbaren Analyse, dass das Gefühl von Überregulierung, Überreglementierung, zu starren und überflüssigen Vorschriften, ein Investitionshemmnis allererster Sorte, vor allen Dingen aber ein Hemmnis ist, sich überhaupt unternehmerisch zu betätigen. Eines der Hauptprobleme, das wir in Europa haben, ist eine zu geringe Bereitschaft, unternehmerisches Risiko auf sich zu nehmen und etwas zu unternehmen, etwas zu wagen. Da kann man sich fragen, warum das in Deutschland so ist? Was für ein Bild von Unternehmen, und was für ein Bild von Unternehmern wird oder wurde in deutschen Schulen vermittelt? Das muss man alles mit einbeziehen.

Ich komme jetzt zu der für Sie wahrscheinlich zentralen Frage: Was erwarten wir nun umgekehrt von den Unternehmen? Was für Herausforderungen sehen wir auf der betrieblichen, unternehmerischen Ebene? Ich hatte, als ich die Einladung von Frau Süßmuth bekam, zuerst fälschlich geglaubt, es ginge hier um die Gesundheitswirtschaft. Das ist aber ja nicht der Fall, aber trotzdem möchte ich auf eines noch hinweisen. Gesundheitswirtschaft wird in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten der Wachstumsmarkt schlechthin sein. Wenn ich Geld zu investieren hätte, würde ich es im Bereich der Gesundheitswirtschaft tun. Gesundheitswirtschaft reicht von Medikamenten und medizinischen Geräten bis hin zu alten

mecklenburgischen Schlössern, die in Wellness-Einrichtungen umgewandelt werden. Das ist eine ganz logische Folge des veränderten Bevölkerungsaufbaus, und auch darauf müssen wir uns einstellen. Gesundheitswirtschaft wird ein gewaltig wachsender Sektor sein; aber das ist nur ein Aspekt von vielen, der in einer umfassenden Wachstumsstrategie berücksichtigt werden muss. Ich denke, das Entscheidende ist etwas anderes. Das Entscheidende ist, dass wir den Unternehmen in Europa sehr klar sagen müssen, wir erwarten umgekehrt auch etwas von Ihnen. Wir sind bereit, einen politischen und rechtlichen Rahmen zu schaffen – und nicht mehr. Unternehmen sollen das tun, was sie können: investieren, wachsen und Gewinne machen und auf dieser Grundlage in Europa Arbeitsplätze schaffen und sichern. Wir sind bereit dazu. Wir sagen auch ganz klar, es gibt kein Zurück zur alten Politik des Protektionismus, der staatlichen Lenkung, oder auch der Subventionswirtschaft; das findet ja immer großen Beifall auf den Verbandstagen der europäischen Unternehmerverbände. Es findet nicht so großen Beifall, wenn die Generalsekretäre und Generaldirektoren dieser Verbände montags bei meinen hohen Beamten auftauchen und ihre Wünsche anmelden. Wir als Politiker sollten uns auf die Rahmenbedingungen beschränken und den Menschen nicht erzählen, dass wir Arbeitsplätze schaffen könnten. Arbeitsplätze können auch durch Wachstum der Bürokratie geschaffen werden, das ist richtig, aber Arbeitsplätze in der Wirtschaft schaffen die Unternehmen; aber ob sie es können und wie erfolgreich sie es können, das hängt eben maßgeblich von den äußeren Bedingungen ab, und unser Angebot an die Wirtschaft lautet, dass wir partnerschaftlich, gemeinsam und permanent daran arbeiten wollen, diese Bedingungen zu verändern und anzufassen. Das alles tun wir.

Was tun jetzt die Unternehmen? Ich nenne an erster Stelle das Stichwort “Corporate Social Responsibility“. Ich bin fest davon überzeugt, dass über kurz oder lang kein europäisches Unternehmen – lassen wir erst einmal die ganz Kleinen weg, die nur eine rein lokale Bedeutung haben, aber selbst da könnte man ein Fragezeichen setzen - erfolgreich sein kann, das nicht eine Unternehmenskultur entwickelt hat, die deren unternehmerischen, sozialen Verantwortung verpflichtet ist und die ganz klare Werte haben, wie der von Frau Mohn erwähnte, norwegische Möbelhersteller. Ich hatte unlängst ein wirklich sehr erhellendes Erlebnis. Da traf ich mich mit dem Vorstand eines der produktivsten, erfolgreichsten Unternehmen der Welt – das erfolgreichste in seiner Branche – ich kann es ruhig nennen, es ist nämlich Toyota –, und ich habe sie gefragt: Wie macht ihr das? Was ist für euch das Wichtigste? und sie haben nicht gesagt, das Wichtigste ist unser Produkt oder wir konzentrieren uns

ganz auf die technische Qualität unserer Autos. Sie haben gesagt: Bei uns ist das Wichtigste der Mitarbeiter; die Zufriedenheit am Arbeitsplatz, die Beteiligung an den Abläufen und die ständige Qualifizierung, so dass sie multiple Qualifikationen haben, mobil werden, neuen Anforderungen intellektuell und praktisch schnell gewachsen sind; es ist faszinierend, wie sie das machen. Ich weiß natürlich, dass in einer japanischen Unternehmenskultur das möglicherweise etwas leichter zu erreichen ist, als in Deutschland; aber ich rate den weltweit operierenden, deutschen Unternehmen, sich das sehr genau anzusehen, wie sie das machen. Ich treffe mich mit großen, amerikanischen Unternehmen und höre zu meinem großen Erstaunen, ob Coca Cola oder andere weltweit operierende Unternehmen, dass auch für sie inzwischen Corporate Social Responsibility nicht etwas ist, was man sozusagen als eine Rose am Revers auch noch trägt, wenn man alles andere schon hat, sondern dass sie es zunehmend sehen als einen den Erfolg des Unternehmens auf Dauer mitbestimmenden und mitentscheidenden Faktor. Und zwar aus zwei Gründen: Der eine hängt damit zusammen, dass die Veränderungen der Wettbewerbsbedingungen über kurz oder lang dazu führen werden, dass es ein schärfer werdender Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter geben wird. Also es wird für Unternehmen immer wichtiger werden, motivierte und qualifizierte Mitarbeiter langfristig an sich zu binden, um ein Phänomen, das wir alle kennen und das für die Produktivität eines Unternehmens wirklich tödlich ist, auszuschließen: der Beschäftigte ist zwar da, ist anwesend, aber ist in Wahrheit nicht beteiligt an dem, was geschieht. Er hat sich innerlich längst verabschiedet. Interessanterweise sagen unsere amerikanischen Gesprächspartner auch, Corporate Social Responsibility sei ein gesellschaftlicher Wertekanon, der über den eigentlichen Unternehmenszweck, die Herstellung oder Verteilung von irgendetwas, hinausgeht. Es ist für den Unternehmenserfolg wichtig, dass das Unternehmen in seiner gesellschaftlichen Rolle identifizierbar ist. Und Sie können, wenn Sie Werbekampagnen bestimmter weltweit operierenden Unternehmen verfolgen, sehr genau erkennen, was in diesen Kampagnen die zugrundeliegende Strategie ist – es wird immer seltener das eigentliche Produkt beworben, sondern es geht immer häufiger um gesellschaftliche Werte; dies, finde ich, ist eine sehr bemerkenswerte Entwicklung. Corporate Social Responsibility ist etwas, was wir in Europa stärker entwickeln müssen - und genau das tun Sie ja. Ich bin im Gespräch mit den europäischen Netzwerken, die es auf diesem Gebiet gibt, und es taucht eine interessante Frage auf: Ja, wenn Corporate Social Responsibility, also die gesellschaftliche, unternehmerische Verantwortung, auch für den langfristigen, ökonomischen Erfolg sowie für die Wettbewerbsfähigkeit und die

Wettbewerbsposition so wichtig ist, da müssen wir eine gewisse Ordnung schaffen, da müssen wir ein paar Vorschriften machen, damit alle wissen, was sie zu tun haben. Und hier gibt es von mir eine klare Aussage: Nicht mit mir! Und das hat in der Kommission durchaus nicht nur Freude ausgelöst, aber ich erwarte jetzt natürlich von der europäischen Wirtschaft, dass sie die klare Aussage meines Kollegen Spidla honorieren, der zuständig ist für die Sozialpolitik in Europa, dass wir keinerlei Rechtsrahmen schaffen wollen für diesen Bereich. Ich erwarte dafür von den europäischen Unternehmen, dass sie selber etwas entwickeln, und wir sind gern bereit, eine Art von europäischer Allianz für unternehmerische soziale Verantwortung in Europa zu etablieren, in der die politische Ebene und die Wirtschaft zusammen wirken - aber wirklich zusammen wirken - und auf das Instrument des Vorschriftenmachens, des Überwachens, des Benchmarkings und was es da noch so alles gibt, verzichten. Ich hoffe, dass dieses Angebot angenommen wird. Und im Rahmen von vertiefter, unternehmerischer, sozialer Verantwortung würde dann auch die Frage eine große Rolle spielen müssen, mit der Sie sich speziell beschäftigen – nämlich mit dem Problem der Gesundheit in der Arbeitswelt. Ich habe schon am Anfang gesagt, ich will nicht den Eindruck erwecken, als verstünde ich sehr viel davon; ich will darum nur ein paar Erwartungen an Sie richten und bin gerne bereit, auch im Gegenzug zu hören, was für Erwartungen Sie an die europäische Politik haben.

Krankheit im Unternehmen ist ein Faktor, der die Produktivität im Unternehmen enorm beeinträchtigt – das wissen Sie alle. Und umgekehrt ist Gesundheit Lebensfreude und Motivation, ein Faktor, der die Produktivität positiv beeinflusst. Also liegt auf der Hand, was man erreichen sollte. Gesetzgeberisch ist die Europäische Union auf diesem Gebiet durchaus tätig. Es ist ein Betätigungsfeld, in dem sogar sehr viel reguliert wird. Es ist die soziale Dimension des Binnenmarktes, um die es hier geht, und gestützt auf einer Grundlagenrichtlinie aus dem Jahre 1989 gibt es zahlreiche europäische Bestimmungen, die die Gesundheit bzw. den Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern betreffen. Zwei Beispiele aus jüngster Zeit zeigen wie aktuell auch diese Dimension ist. Das eine Beispiel ist „Reach“, wo sich der Interessenskonflikt übrigens besonders dramatisch zeigt; das ist die von der Europäischen Union geplante Chemikaliengesetzgebung, wo es darum gehen wird, etwa 40.000 von der Chemieindustrie verwendeten Stoffe auf ihre Gefährlichkeit oder Nicht-Gefährlichkeit für Menschen zu untersuchen – ein sehr, sehr schwieriger Gesetzeswerk. Und natürlich sind die Hauptbetroffenen bei dieser Politik die

Beschäftigten in der Chemieindustrie, die andererseits aber – und hier zeigt sich, wie komplex das Thema sein kann – die enorme Kostenbelastung der europäischen Industrie fürchten, die durch dieses Gesetz entstehen würde; und die auch fürchten, es käme zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Regionen der Welt, weil es dort nicht so eine weitreichende Gesetzgebung gibt. „Reach“, und das können Sie häufig in der Zeitung lesen, das jetzt in die entscheidende Phase der Beratung kommt, hat einen ganz wesentlichen, gesundheitspolitischen Aspekt auch in den Betrieben, die mit diesen Substanzen umgehen.

Das zweite Beispiel ist fast erheiternd, weil es auch zusammenhängt mit dem Vorwurf der Überregulierung und der Wirklichkeit hinter diesem Vorwurf. Sie erinnern sich möglicherweise an eine Diskussion in diesem Sommer über einen angeblichen Vorschlag der Kommission, Unternehmer zu verpflichten jeden Tag dafür Sorge zu tragen, dass ihre Mitarbeiter am Arbeitsplatz keinen Sonnenbrand kriegen können; also Schutz vor optischer Strahlung. Das gibt es wirklich, man wundert sich. Es ist ein Entwurf aus dem Jahr 1992. Es ging aber nicht um Sonnenstrahlen, es ging um künstliche Strahlung. Es kann keiner bestreiten, dass das wichtig ist. Und irgendwie im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens - verehrte Frau Süßmuth jetzt erzähle ich Ihnen etwas, was Sie vielleicht noch nicht wussten - hat einer gesagt: Es reicht aber doch nicht mit den nicht natürlichen, optischen Strahlen, wir müssen die natürlichen Strahlen mit einbeziehen. Wissen Sie, wer das als Erster gesagt hat? Der Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland; dieselben Ministerpräsidenten, die den Sommer über nicht genug tun konnten, auf die Kommission einzuprügeln, was für wahnsinnige Gesetze man macht. Dabei waren sie die Ersten, die danach verlangt hatten. Die Kommission hat das gar nicht verlangt. Trotzdem ist die Frage interessant, weil sie das Grundsatzproblem aufwirft: Wie weit kann man an dieser Stelle eigentlich gehen? Ich habe ganz klar gesagt, weil ich hierzu gefragt worden bin, man muß auch in diesem Bereich nicht alles regulieren. Es gibt auch Dinge, die darf man getrost dem gesunden Menschenverstand überlassen, und es ist nicht erforderlich, daß wir Gesetze erlassen, dass Bauarbeiter, wenn die Sonne scheint, einen Hut und ein T-Shirt tragen müssen. Auf die Idee werden sie wohl selber kommen, dass das vernünftig ist.

Ich darf den Bogen noch einmal zurückschlagen zu der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie und sagen, dass die Bewältigung unserer ökonomischen Probleme bei der geringen Erwerbsquote, die wir in Europa haben, nicht möglich sein

wird. Unsere Erwerbsquote liegt bei ungefähr 62 %. Das Renteneintrittsalter liegt zwischen 55 und 60 in Europa – in Deutschland ist es etwas besser geworden in jüngster Zeit – und es ist vollkommen klar, dass, wenn wir die Erwerbsquote erhöhen wollen bzw. erhöhen müssen, es zwei ganz wesentliche Potentiale gibt. Über eines habe ich bereits gesprochen, das sind die Frauen, denen der Zugang in das Erwerbsleben und der Verbleib im Erwerbsleben erleichtert werden muss. Und zweitens sind es natürlich die älteren Arbeitnehmer, wo sich Gott sei Dank inzwischen mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, dass Erfahrung, Zuverlässigkeit und selbst eine gewisse Routine durchaus auch ein positiver Faktor in den Unternehmen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr und mehr wird es in der Zukunft darauf ankommen, dass die Menschen flexibel sind und sich auf neue Herausforderungen schnell einstellen können. Mehr und mehr wird es darauf ankommen, dass sie mobil sind. Mehr und mehr wird es darauf ankommen, dass die Menschen bereit sind, Wandel als einen ständigen Begleiter ihres Berufslebens zu akzeptieren, und das alles wird sehr viel leichter erreichbar sein, wenn das, was Sie tun in allen Unternehmen, gemacht wird und erfolgreich gemacht wird. Eine hohe Motivation am Arbeitsplatz zu schaffen, eine hohe Job-Zufriedenheit, und die durch die Arbeitsabläufe, die Arbeitsorganisation, die Arbeitsinhalte bedingten, gesundheitlichen Risiken energisch abzubauen. Das gilt übrigens auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, für den Sektor, in dem mein berufliches Leben sich abgespielt hat oder noch abspielt; ich habe mehr als einen Kollegen oder eine Kollegin erlebt, die in meinem Beruf auch berufsbedingt krank geworden sind – und zwar in erster Linie wegen Mobbing; ein Phänomen, das keineswegs nur am Fließband oder im Büro vorkommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich sagen, dass in meinem Verständnis unternehmerische Bemühungen um die Verbesserung der Gesundheit in den Unternehmen, in den Betrieben nicht nur ein wichtiger, gesellschaftlicher Beitrag sind, sondern in der Tat auch ein ganz wichtiger, ökonomischer Beitrag. Wir werden das Ziel einer wettbewerbsfähigen, wettbewerbsoffenen, zukunftsfähigen, europäischen Volkswirtschaft nicht erreichen ohne die Menschen, die die Lust und die Fähigkeit dazu haben, das auch wirklich zu tun. Vielen Dank.